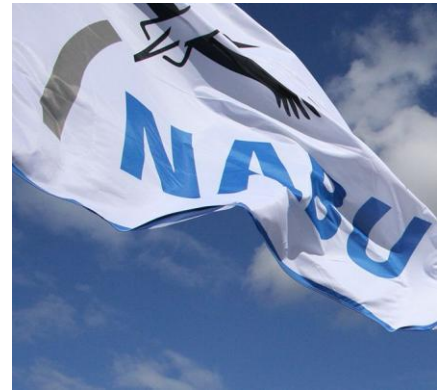




Smart Sector Integration Strategy

Stellungnahme des NABU anlässlich der Konsultation der Europäischen Kommission am 15.05.2020



Mit der Smart Sector Integration Strategy hat die Europäische Kommission die Chance wichtige Weichen für mehr Klimaschutz und Naturschutz zu stellen.

Anforderungen an ein integriertes Energiesystem

Was wären die Hauptmerkmale eines wirklich integrierten Energiesystems, um eine klimaneutrale Zukunft zu ermöglichen? Wo sehen Sie Vorteile oder Synergien? Wo sehen Sie das größte Energie- und Kosteneffizienzpotenzial durch Systemintegration?

Um die Ziele des Pariser Abkommens zu erreichen, braucht es einen ganzheitlichen, sektorenübergreifenden Ansatz. Dieser kann unter anderem durch ein integriertes Energiesystem sichergestellt werden. Mit dem naturverträglichen Ausbau der kosteneffizienten erneuerbaren Energien erhöht sich der Bedarf an Flexibilität im System und Erzeugung und Verbrauch müssen stärker miteinander verschränkt werden. Verbraucher, die über dezentrale Erzeugungs- und Speicheranlagen (PV, Elektromobilität, Wärmespeicher, Wärmepumpen, etc.) Energie in das System einspeisen und flexibel auf Schwankungen in der Erzeugung reagieren, können so zur Systemsicherheit beitragen und ineffiziente, teure, auf fossilen Brennstoffen basierende Technologien und Reservekapazitäten können schneller auslaufen. Die Laststeuerung kann die Stromnachfrage flexibilisieren und Kosten senken.

Zu den Hauptmerkmalen eines solchen Systems gehören:

- Vereinbarkeit mit den Zielen des Pariser Abkommens und der Klimaneutralität vor 2050. Bis 2030 muss das System dazu beitragen, eine Minderung der Treibhausgasemissionen um mindestens 60 Prozent, besser 65 Prozent bis 2030 im Vergleich zu 1990 (ohne Klimakompensationen) zu erreichen. Bis 2050 muss eine Minderung der Treibhausgasemissionen um 95 Prozent erreicht werden.
- Die Senkung des Endenergieverbrauchs durch umfassende Energieeffizienzanstrengungen in allen Sektoren, einschließlich der Reduktion der Energienachfrage aufgrund gesteigerter Ambitionen und Umsetzung von stärkeren Strategien und Maßnahmen zur Energieeffizienz und -suffizienz.
- Ausbau und Integration naturverträglicher erneuerbarer Energien sowie der Anpassung des bestehenden Stromnetzes an die Entwicklung (Dezentralität,

Kontakt

NABU-Bundesgeschäftsstelle

Verena Bax

Referentin für

EU-Energie und Klimapolitik

Tel. +32 (0) 485 965 038

Verena.Bax@NABU.de

Flexibilisierung). Naturverträglicher Um- und Ausbau der Stromnetze und Interkonnektoren. Grundsatzentscheidungen zur Vermeidung von „verlorenen Investitionen“ in Bezug auf die Weiterentwicklung von überflüssigen und kostenintensiven, auf fossilen Energien basierenden, Infrastrukturen, müssen zudem getroffen werden.

- Breite Elektrifizierung aller Sektoren: Elektrifizierung des Wärme-, Verkehrs- und Industriesektors auf der Grundlage von Strom aus naturverträglichen erneuerbaren Energien. Der Stromsektor kann auf der Grundlage des Einsatzes erneuerbarer Energien vollständig defossilisiert werden. Auch der Wärmesektor sollte zu 100% auf erneuerbaren Energien ausgerichtet werden. In diesem Zusammenhang werden Gebäude, nachdem sie durch tiefgreifende energetische Sanierungsmaßnahmen modernisiert wurden, ein integraler Bestandteil des Energiesystems sein. Dasselbe gilt für Teile des Verkehrssektors (hauptsächlich Individual- und Personenverkehr), welcher soweit möglich verlagert werden sollte (Straße auf Schiene, öffentlicher Verkehr und Radfahren). Die am schwersten zu dekarbonisierenden Sektoren wie bestimmte Industriesektoren (Stahl, Chemie) oder die Luftfahrt, der Langstreckenseeverkehr und der Schwerlastverkehr auf der Straße könnten auf gasförmige (auf Basis von grünem Wasserstoff) oder flüssige (synthetische) Kraftstoffe auf Basis erneuerbaren Stroms zurückgreifen. Sinkende Wind- und Solarstrompreise konkurrieren mit der auf fossilen Brennstoffen basierenden Stromerzeugung, was die direkte und indirekte Elektrifizierung aus erneuerbaren Energien zu einer soliden Säule eines zukünftigen Energiesystems macht.
- Die Einführung von Lastmanagement in Kombination mit anderen Flexibilitätsoptionen wie Strom- und Wärmespeicherung tragen zur Netzstabilität und Netzintegration zunehmender volatiler erneuerbarer Energiequellen wie Photovoltaik und Windenergie bei.

Regulatorische und wirtschaftliche Entscheidungen müssen im Lichte der wirtschaftlichen Rezession bedingt durch COVID-19, Investitionsprogramme für ein vollständig auf erneuerbaren Energien fußenden System ermöglichen. Die benötigte Energie-Infrastruktur und ein kluges Marktdesigns für ein gut vernetztes System erneuerbarer Energien können höheren Kosten durch wirtschaftliche, gesundheitliche und ökologische Schäden im Falle des Nichthandelns im Angesicht der Klima- und Biodiversitätskrise entgegenwirken.

Haupthindernisse

Was sind Ihrer Ansicht nach die Haupthindernisse für die Integration des Energiesystems, die angegangen werden müssten?

- Subventionen und Infrastruktur, die die Nutzung fossiler Brennstoffe befördern. Subventionen müssen vollständig abgebaut werden (auf nationaler und auf EU-Ebene) und Investitionen in auf fossilen Energien basierende Infrastruktur vermieden werden.
- Energieträger müssen auf EU-Ebene auf Grundlage ihres CO₂-Gehalts besteuert werden. Aktuell gibt es ungenügende Anreize für die notwendige Umstellung auf erneuerbare Energien. Hinzu kommt, dass die CO₂- und Energiebesteuerung in den einzelnen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich ist. Mittelfristig brauchen wir eine europäisch und international abgestimmte CO₂-Bepreisung. Das Umweltbundesamt hat errechnet, dass durch jede Tonne CO₂ Umweltkos-

ten in Höhe von etwa 180 Euro entstehen, der CO₂-Preis muss dies reflektieren, um eine Lenkungswirkung zu entfalten.

- Die unangemessene Energiebesteuerung begünstigt die ineffiziente Verbrennung fossiler Brennstoffe im Wärme- und Verkehrsbereich, während die Nutzung von Strom aus erneuerbaren Energien in diesen Sektoren durch höhere Steuern und Abgaben behindert wird.
- Die Netztarife in vielen Mitgliedstaaten belohnen eher einen stabilen, nicht-dynamischen Energieverbrauch, anstatt Anreize für eine flexible Nutzung der Infrastruktur zu schaffen.
- Es besteht noch keine integrierte mitgliedstaatenübergreifende Planung der europäischen Energieinfrastruktur. Diese muss den naturverträglichen Um- und Ausbau der Stromnetze und Interkonnektoren sicherstellen. Zur Integration erneuerbarer Energien müssen das Lastmanagement und das Zusammenspiel verschiedener Flexibilitätsoptionen optimiert werden. Um die Systemintegration zu erleichtern, muss der Investitionsbedarf in Gasnetze, Wasserstoffnetze, Stromnetze und Wärmenetze unter gleichen Bedingungen verglichen werden und Schlüsse basierend auf Kosteneffizienz, Biodiversitäts- und Klimazielen getroffen werden. Die sektorenübergreifende Optimierung aller Infrastrukturelemente kann zu deutlichen Kosten- und Energieeinsparungen führen.

Potenziale durch Elektrifizierung und Energieeinsparung

Wie könnte der Einsatz von Strom die verstärkte Dekarbonisierung in anderen Sektoren vorantreiben? In welchen anderen Sektoren sehen Sie eine Schlüsselrolle für die Stromnutzung? Welche Rolle sollte die Elektrifizierung im integrierten Energiesystem spielen?

Die Maximierung des Energieeinsparpotenzials und der Einsatz variabler erneuerbarer Energien treibt die Dekarbonisierung verschiedener Sektoren an. Die Elektrifizierungspotenziale liegen laut aktuellen Studien bei 50 bis 85 Prozent bis 2050. Die relativen Preise zwischen Stromverbrauch und nachhaltiger Biomasse oder CCS müssen sich jedoch ändern, damit die Elektrifizierung zu einer wettbewerbsfähigen Option wird. Elektrifizierung bedeutet eine Nutzung erneuerbarer Elektrizität in den Sektoren Industrie, Wärme und Verkehr. Im Verkehr ist Elektromobilität die effizienteste Nutzung der erneuerbaren Energien. Bei der Gebäudewärmeversorgung sind brennstofffrei erneuerbare Energien nutzbar, die energieeffizienter und langfristig kostengünstiger sind als erneuerbarer Wasserstoff. Um synthetischen Kraftstoff für eine Strecke von 100 Kilometern herzustellen, wird die gleiche Menge an Strom benötigt, die für bis zu 700 Kilometer in einem batterieelektrischen Auto reicht.

Die Elektrifizierung eines integrierten Energiesystems muss in ein Gesamtkonzept zur Energie- und Verkehrswende eingebettet sein. Hieraus ergibt sich unter anderem die Notwendigkeit, Strom zu sparen, die Anzahl der PKWs deutlich zu reduzieren, Fahrzeuge effizienter zu machen und gemeinschaftliche Nutzung voranzutreiben.

Erneuerbare Gase

Welche Rolle sollten erneuerbare Gase im integrierten Energiesystem spielen? Welche Maßnahmen sollten ergriffen werden, um dekarbonisierte Gase zu fördern?

Kostengünstiger als gasförmige Energieträger ist die Umsetzung von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz in Gebäuden, im Verkehr und industriellen Prozessen, sowie von Maßnahmen der Endenergieeinsparung. Auch der Einsatz von erneuerbaren Energiequellen, die dezentrale Erzeugung und die sektorale Zusammenführung stellen wichtige Elemente für ein integriertes Energiesystem dar, welches echte Klimavorteile bietet und den Weg zur Klimaneutralität in Europa ebnet. Es müssen jedoch auch Lösungen für schwer zu dekarbonisierenden Sektoren, wie Luftfahrt, Schwerlastverkehr und Stahlindustrie gefunden werden, die Energieträger mit hoher Energiedichte benötigen.

Nicht-fossile erneuerbare Gase, wie grüner Wasserstoff, können für diese Sektoren interessant sein und sollten geprüft werden.

Die Menge an Biomethan, das aus Biomasse gewonnen wird, ist aufgrund national und global vorhandener Anbauflächen für die Produktion begrenzt und ihre energetische Nutzung konkurriert mit den Belangen des Naturschutzes und mit dem Klimaschutz. Unter bestimmten Bedingungen kann die energetische Nutzung von Biomasse schlechter ausfallen als bei fossilen Energieträgern. Aus diesem Grund dürfen für die Nutzung ausschließlich biogene Rest- und Abfallstoffe und ökologisch verträgliche Biomasse, die auf strengen Kriterien zum Anbau und Nutzung basieren, in Betracht gezogen werden. Grundsätzlich ist die stoffliche Nutzung von Biomasse der energetischen vorzuziehen.

Nur erneuerbare Gase, die unter Berücksichtigung des gesamten Lebenszyklus sowohl mit Naturschutzziele im Einklang stehen als auch zu einer Minderung der Emissionen und des Ressourcenaufwandes beitragen, sollten von der Europäischen Union gefördert werden. Auf fossilen Ressourcen basierende Gase sollten hingegen nicht gefördert werden. Wird der Einsatz von erneuerbaren Gasen, welche die genannten Nachhaltigkeitskriterien erfüllen, von der EU in Betracht gezogen, so darf diese nicht den Zielen für erneuerbare Energien und deren entsprechenden Förderungen entgegenstehen.

Wasserstoff

Welche Rolle sollte Wasserstoff spielen und wie könnte seine Entwicklung von der EU unterstützt werden?

Eine EU-weite abgestimmte Wasserstoffstrategie macht Sinn, wenn sie berücksichtigt, dass es klare Kapazitätsgrenzen für die Produktion von Wasserstoff und Wasserstoffprodukten gibt und ökonomische, ökologische sowie soziale Kriterien im Vordergrund stehen. Diese macht Sinn, wenn sie berücksichtigt, dass es klare Kapazitätsgrenzen für die Produktion von Wasserstoff und Wasserstoffprodukten gibt und ökonomische, ökologische sowie soziale Kriterien im Vordergrund stehen. Dies gilt auch für Importe aus Nicht-EU-Ländern. Wasserstoff aus 100 Prozent naturverträglichen erneuerbaren Quellen kann eine wichtige Rolle für eine Nische spielen, die technologischen Potenziale liegen jedoch bei Berücksichtigung klarer Kriterien weit unter jenem, was weithin angenommen wird. Aus diesem Grund muss die Strategie prioritär eine Folgenabschätzung anstoßen, die sowohl das jeweilige inländische Potenzial, den realistischen Bedarf und die zukünftigen Verbrauch an den EU-Klimazielen misst.

Für mehr Kosten-, Energie-, Material- und Ressourceneffizienz sollte vor allem die direkte Nutzung von erneuerbarem Strom und die Hebung von Effizienzpotenzialen statt Wasserstoff prioritär im Fokus stehen. Bei der Elektrolyse und bei der anschließenden Methanisierung gehen große Mengen an Energie als Umwandlungsverluste verloren, was die Kosten deutlich in die Höhe treibt. Das sorgt dafür, dass der Energieaufwand pro Serviceleistung bis zu sieben Mal so hoch ausfallen kann. Dementsprechend werden deutlich mehr Kapazitäten zur naturverträglichen Erzeugung von erneuerbarem Strom benötigt. Erneuerbare Energien sind ein knappes Gut, mit dem sorgsam und effizient umgegangen werden muss. Nur wenn technisch unverzichtbar, sollten nicht-fossile Brennstoffe zum Einsatz kommen.

Erneuerbarer Wasserstoff muss so definiert werden, dass die sozialen und ökologischen Wirkungen sowie der Ursprung des Wasserstoffs deutlich werden. Unter bestimmten Bedingungen, wie der Berücksichtigung der Vorketten (Bau & Installation der Wind/PV-Anlagen) sowie Abfallvermeidung und der konsequenten Anwendung von Kreislaufkonzepten für die Materialien, sowie einem qualitativ hochwertigem Recycling hat auf erneuerbaren Energien basierender Wasserstoff das Potenzial CO₂-neutral zu werden. Die Bezeichnung grüner Wasserstoff muss klar definiert werden, da das Konzept sonst von Interessensgruppen unterschiedlich verwendet wird. Das als „schwarzer“, „blauer“ oder „grauer Wasserstoff“ bezeichnete fossile Gas ist nicht kompatibel mit den Pariser Klimazielen.

Für schwer zu elektrifizierende Industrien sollte die Nutzung von nicht-fossilen Gasen, wie Wasserstoff, der auf erneuerbaren Energien basiert, geprüft werden. Mögliche Anwendungsgebiete für diesen Wasserstoff stellen Hochtemperatur-Industrieprozesse und der Schwerlastverkehr (LKWs), Luftverkehr, Hochseeschifffahrt und die Stahlindustrie dar. Verzichtet werden sollte auf den Einsatz für PKWs, für den Wärmesektor und für die Rückverstromung.

Im Falle einer positiven Prüfung anhand der Klimaziele, muss die Entwicklung von erneuerbarem Wasserstoff von der EU durch die Wasserstoffstrategie unterstützt werden. Diese europäische Wasserstoffstrategie muss in Verschränkung mit der Smart Sector Integration Strategy sicherstellen, dass neue PtX-Träger nur naturverträglich und erneuerbar erzeugt werden. Eine entsprechende Nachweisführung ist angeraten und sollte sichergestellt werden.

Um die Implementierung einer nachhaltigen Wasserstoffstrategie zu erleichtern, sollte die europäische Wasserstoffstrategie eine unabhängige Experten-Plattform ins Leben rufen. Diese muss die volle Partizipation der Zivilgesellschaft sowie unabhängiger Experten aus der Wissenschaft sicherstellen und soziale, ökologische Kriterien gegenüber ökonomischen Kriterien abwägen.

Kreislaufwirtschaft und Abfallressourcen

Wie könnten Kreislaufwirtschaft und die Nutzung von Abwärme und anderen Abfallressourcen eine größere Rolle im integrierten Energiesystem spielen? Welche konkreten Aktionen würden Sie vorschlagen, um dies zu erreichen?

Bei einer Kreislaufwirtschaft geht es darum, das stoffliche Potenzial von Produkten am Ende ihrer Gebrauchsphase zu erhalten und neu zu nutzen. Die Kreislaufwirtschaft

kann auch eine wichtige Strategie darstellen, um den Energiebedarf auf der Nachfrageseite signifikant zu reduzieren. Das Schließen von Stoffkreisläufen benötigt deutlich weniger Energie als die Primärproduktion von Grundstoffen. Das Vermeiden von Abfällen geht ferner mit ressourcenschonenden und energiesparenden Produktions- und Konsumweisen einher. Studien belegen, dass die Etablierung einer Kreislaufwirtschaft signifikant Treibhausgas-Emissionen einspart. Dies zeigt sich bei der Sekundärstahlerzeugung, die deutlich weniger Energie benötigt, als die Primärstahlerzeugung und zu geringeren direkten CO₂-Emissionen führt. Da die Sekundärstahlroute strombasiert ist, trägt diese bei Nutzung erneuerbaren Energieträgern verstärkt zum Klimaschutz bei. Zu beachten ist, dass die Primärstahlerzeugung über grünen Wasserstoff vier Mal so viel Strom benötigt wie Sekundärstahl. Eine Erhöhung der Recycling-Quoten beispielsweise in der bislang ineffizienten Stahl- und Chemieindustrie und hochwertige Anforderungen an die Qualität der Sekundärrohstoffe (Sekundärstahl hat große Qualitätsunterschiede und wird teils durch Kupfer verunreinigt) sollte durch die Entwicklung von Standards vorangetrieben werden, damit sich die Kreislaufwirtschaft auch finanziell lohnt.

Neben den Potenzialen, die eine Kreislaufwirtschaft bietet, kann eine Modernisierung industrieller Produktionsprozesse die überschüssige Wärme aus Hochtemperaturprozessen koppeln, um diese in anderen Nachfragesektoren zu verwenden. Wärmepumpen können weitere Abwärmepotenziale effizient heben, z.B. aus Rechenzentren oder Abwasser für den Niedertemperaturbedarf von Gebäuden und Industrie. Voraussetzung für die Nutzung dieser Abwärmepotenziale ist eine integrierte Stadtplanung, die den Zugang zu den ungenutzten Wärmeressourcen sowie deren Verteilung an Endverbraucher oder über Fernwärmenetze ermöglicht und fördert. Administrative und regulatorische Hindernisse müssten auf lokaler Ebene beseitigt werden, um die Zusammenarbeit mit Interessengruppen zu erleichtern, die sich des Nachfragepotenzials im Zusammenhang mit ihrer Abwärme nicht bewusst sind.

Energiemärkte

Wie können die Energiemärkte zu einem stärker integrierten Energiesystem beitragen?

Studien zeigen, dass der Rechtsrahmen für die Sektorenkopplung und ein integriertes Energiesystem durch technologisch-wirtschaftliche Entwicklungen herbeigeführt werden müssen. Eine Möglichkeit dies zu tun, ist eine europaweite standardisierte ambitionierte CO₂-Bepreisung mit effektiver Lenkungswirkung. Der NABU sieht zudem Potenzial in einer Bonus-Malus-Regelung, die technikneutral Fahrzeuge mit hohen Kohlendioxidemissionen steuerlich bzw. über eine gestaffelte Sonderabgabe stärker belastet und effiziente Fahrzeuge mit niedrigem Kohlendioxid-Ausstoß steuerlich begünstigt bzw. mit einer Prämie fördert.

Damit erneuerbare Energie über Landesgrenzen hinweg zur Systemstabilität und zu einem weitreichenden integrierten Energiesystem beitragen, sind Investitionen in naturverträgliche Energieinfrastruktur zu tätigen. Investitionsanreize müssen sicherstellen, dass potenzielle Lock-ins in fossile Infrastruktur vermieden werden und Verbraucher nicht zuletzt die Kosten für verlorene Investitionen tragen.

Energieinfrastruktur und Digitalisierung

Wie können die kosteneffiziente Nutzung und Entwicklung der Energieinfrastruktur und die Digitalisierung eine Integration des Energiesystems ermöglichen?

Ausbau und Umbau von naturverträglicher kostengünstiger Energieinfrastruktur basierend auf erneuerbaren Energien sind wichtige Elemente für die Transformation des

Energiesystems und um die Klima- und Biodiversitätskrise zu bekämpfen. Fehlende Energieinfrastruktur sollte weder zu einem Engpass für die Einführung erneuerbarer Energien werden, noch sollte sie die Abhängigkeit der EU von fossilen Brennstoffen vertiefen. Daher muss eine Handlungsmaxime der Europäischen Union sein, den naturverträglichen Ausbau von erneuerbarer Energieinfrastruktur mit entsprechenden Anreizen und Fördermaßnahmen zu unterlegen, die kompatibel mit dem europäischen Grünen Deal, mit dem Pariser Klimaabkommen und mit den Biodiversitätszielen sind. Zusätzliche Investitionen in eine neue Gasinfrastruktur würden eine Bindung an fossiles Gas schaffen, daher sollte diese unnötigen Investitionen ausgeschlossen werden.

Die naturverträgliche Planung von Energieinfrastrukturen muss europaweit verbessert werden und eine mitgliedstaatenübergreifende Planung in den Vordergrund rücken, um dem ökosystembasierten Ansatz gerecht zu werden. Bevor einzelne Übertragungsnetze ausgebaut werden, muss jedoch bereits im Rahmen des europäischen Netzentwicklungsplans geprüft werden, ob auch eine kosteneffizientere Lösung ohne zusätzliche Infrastruktur möglich und sinnvoll ist und wie Auswirkungen auf die Natur minimiert werden können. Die Abstimmung zwischen Verbrauch und Erzeugung im Bereich der erneuerbaren Energien auf Ebene der Verteilnetze kann auch zur Entlastung der Übertragungsnetze beitragen, macht jedoch den Ausbau der Übertragungsnetze für die Integration von Erneuerbaren Energieträgern nicht weniger notwendig. Innovative dezentrale Lösungen wie die Lastensteuerung, den Ausbau von nicht-fossilen Flexibilitätsoptionen, Speichertechnologien und ein effizienteres Netzmanagement ermöglichen ein kluges und zukunftsgewandtes integriertes Energiesystem.

Gesetzgeberische Maßnahmen

Welche politischen Aktivitäten und gesetzgeberischen Maßnahmen könnte die Kommission ergreifen, um ein integriertes Energiesystems zu fördern?

- Einführung von politischen Maßnahmen im Einklang mit dem Pariser Abkommen und dem 1,5°C-Ziel, dem European Green Deal, den Biodiversitätszielen und dem Ziel der Klimaneutralität. Um diese Politiken und Maßnahmen zu definieren, muss ein Szenario für eine europäische Energieversorgung auf Basis von 100 % erneuerbaren Energien entwickelt und verfolgt werden, welches in eine neue europäische Langzeitstrategie integriert wird.
- Die Integration des Energiesystems sollte durch eine Erhöhung der Ambitionen für eine Minderung der Treibhausgasemissionen um mindestens 60 Prozent, besser 65 Prozent bis 2030 im Vergleich zu 1990 (ohne Klimakompensationen) und bis 2050 eine Minderung der Treibhausgasemissionen um 95 Prozent angeregt werden.
- EU-Energieziele für erneuerbare Energien und Energieeffizienz bis 2030 sollten erhöht werden, um die strategische Richtung für die Transformation des Energiesystems vorzugeben.
- Risiken für ein integriertes Energiesystem sieht der NABU in der Ausweitung des europäischen Emissionshandels auf weitere Sektoren wie den Verkehr und Gebäude. Diese Ausweitung ist kurzfristig nicht umsetzbar und mit hohem bürokratischem Aufwand verbunden und könnte Anreize für ein integriertes Energiesystem deutlich senken. Zudem ist der Erfolg dieses Instruments nach

Erfahrungen mit dem bestehenden Emissionshandelssystem zweifelhaft und allenfalls langfristig gegeben.

- Abbau der Subventionen für fossile Brennstoffe in Form von staatlichen Beihilfen (wie Kapazitätsmechanismen für fossile Brennstoffe, aber auch für die Kernenergie), Zuschüssen und Darlehen aus öffentlichen Geldern der EU (EU-Haushalt, Europäische Investitionsbank oder Nationalbanken), Energiebesteuerung (hohe Preise für erneuerbare Energien oder Energieeffizienzmaßnahmen) oder Befreiungen von Steuern für die Schwerindustrie. Da sich die Preise für fossile Brennstoffe derzeit auf einem Rekordtief befinden, muss die Gelegenheit genutzt werden, die Subventionen für fossile Brennstoffe auslaufen zu lassen, ohne die Verbraucherpreise stark zu beeinflussen.
- Planung und finanzielle Unterstützung für die künftige naturverträgliche Energieinfrastruktur sollten mit dem Pariser Klimaabkommen, Biodiversitätszielen und dem Europäischen Grünen Deal vereinbar sein. Die direkte oder indirekte Unterstützung fossiler Infrastruktur sollte ausgeschlossen werden. Vorgesehene Investitionen müssen auf die Förderung naturverträglicher erneuerbarer Energien umgelenkt werden.
- Die Planung der Energieinfrastruktur sollte auf integrierte Weise und im Einklang mit Natur- und Klimaschutz durchgeführt werden. Der gegenwärtige TYNDP-Prozess könnte die sektorübergreifende Optimierung der Infrastruktur verbessern. Planungsprozesse können durch die Einhaltung von EU-Naturschutzrichtlinien, durch den Fokus auf eine naturverträgliche Energiegewinnung und eine kluge Standortwahl befördert und beschleunigt werden.
- Politische Maßnahmen zur Unterstützung der künftigen Energieinfrastruktur der EU sollten prüfen, wie die Übertragungsnetze durch eine bessere Abstimmung von Angebot und Nachfrage im Bereich der erneuerbaren Energien auf der Ebene der Verteilnetze entlastet werden könnten.
- Politiken zu erneuerbarer Wärme und zum EU-weiten Ausbau von Fernwärme aus erneuerbaren Energien. Wenn sie aus Biomasse gewonnen wird, dann nur aus Abfällen oder Rückständen und in Übereinstimmung mit Nachhaltigkeitskriterien.
- Die Entwicklung von grünem, erneuerbarem Wasserstoff sollte von der EU anhand der Pariser Klimaziele geprüft werden und entsprechende Ergebnisse in der EU-Wasserstoffstrategie berücksichtigt werden. Diese sollte in Verschränkung mit der Smart Sector Integration Strategy sicherstellen, dass gesetzt dem Fall einer positiven Prüfung, neue PtX-Träger nur erneuerbar erzeugt werden. Eine entsprechende Nachweisführung sollte sichergestellt werden.